

# Die politische Lage der Schweiz nach dem Anschluss Österreichs

Autor(en): **Sprecher, Jann v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158517>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die politische Lage der Schweiz nach dem Anschluß Österreichs.

Von Jann v. Sprecher.

Der zwischen dem 11. und dem 13. März 1938 ziemlich plötzlich vollzogene und durch die Abstimmung vom 10. April bestätigte Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hat, darüber ist ein Zweifel nicht möglich, die Masse unseres Schweizervolkes wie ein schwerer Schlag getroffen, und seine Wirkungen sind umso tiefgreifender gewesen und sind es auch noch heute, als dieses Ereignis das Volk völlig unvorbereitet gefunden hat. Und, wie immer in solchen Fällen, sind Rückwirkungen psychologischer Art eingetreten, die sachlich gar nicht begründet waren. Es ist zu bedauern, daß die Erschütterung nicht nur die Masse des Volkes selber getroffen hat, sondern, wenn auch in beschränktem Maße, auch seine Behörden. Das Letztere aber hätte vermieden werden sollen. So ist unser Volk nicht nur durch seine eigenen Triebkräfte, sondern auch durch eine gewisse Überbetonung der veränderten Situation von oben herab in einen Erregungszustand geraten, der in gewissen Bezirken direkt den Charakter einer Psychose angenommen hat. Solcher Zustand aber ist nicht gut.

Die Tatsache nun, daß das bedeutsame Ereignis der Verwirklichung Großdeutschlands der Masse unseres Volkes unerwartet gekommen ist, ist eine Angelegenheit für sich. Sie kann nur zu schweren Bedenken Anlaß geben. Es hapert stark in unserem Informationsdienst. Wir haben darauf schon bei der unmittelbaren Besprechung des Ereignisses hingewiesen. Es ist direkt erstaunlich, zu beobachten, wie sehr große Teile unseres Informationsdienstes zu einer Zeit noch in gewisse auf die Jahre 1919 und 1920 zurückgehende Konzeptionen verstrickt gewesen sind, als diese durch den Lauf der Geschichte schon lange überholt waren. Darüber wäre wirklich ein eigenes Kapitel zu schreiben. Es war manchmal ergötzlich, zu beobachten, daß man es in gewissen Kreisen mit einer direkt rührenden Naivität darauf abgesehen hatte, päpstlicher als der Papst, in diesem Falle also ein größerer Versailler als die Pariser selbst zu sein. Alle die Leute — und es waren und es sind recht gewichtige darunter —, denen die durch die Pariser Verträge geschaffene Ordnung als etwas völlig Endgültiges, Sakrosanktes erschien, als etwas, mit dem nun der Lauf der Geschichte überhaupt abgeschlossen sei, konnten und wollten die Veränderung auch

dann nicht einsehen, als sie bereits mit seltener Handgreiflichkeit zu fassen war. Diese Leute kamen nicht auf den Gedanken, daß die Geschichte noch jedes Mal sogenannte endgültige Angelegenheiten oft schneller, oft langsamer angefressen hatte, wie die züngelnden Fluten des Meeres auch den Fels langsam zermürben müssen. Während nun aber die Machthaber in Paris schon in den Jahren 1919 und 1920 zum großen Teil wußten, daß auch ihr Werk der Abnützung durch den Lauf der Geschichte ausgesetzt sein werde, war das in gewissen schweizerischen Redaktionsstuben leider nicht bekannt. Clemenceau und seine Mitarbeiter sind sich darüber klar gewesen, daß gewisse Sicherungsbastionen des Vertragswerkes mit der Zeit geopfert werden müßten, wozu insbesondere die Belastungen des Gegners mit ewigen Hypotheken, die die Ehre in Anspruch nahmen, wie Entmilitarisierung und Beschränkung der Wehrhoheit, gehörten. Ihnen war es vielmehr darum zu tun, wenigstens die territorialen Klauseln der Verträge aufrecht zu erhalten, wenn auch nicht daran zu zweifeln ist, daß die Vernünftigen unter ihnen sich kaum darüber getäuscht haben, daß das deutsche Volk sich nicht auf Jahrzehnte hinaus in seinen Lebensrechten werde beschränken lassen. Es ist paradox, festzustellen, daß gerade die *Nachkriegspolitik Frankreichs* am meisten dazu beigetragen hat, die Erhebung des deutschen Volkes zu beschleunigen. Die deutsche Demokratie der 20er Jahre hätte aller Voraussicht nach an dem territorialen Status auf lange Zeit hinaus nichts ändern können, aber die Herren in Paris haben selbst diese Demokratie gestürzt und damit die Bahn freigemacht für eine Erhebung, die ihresgleichen in der Geschichte sucht.

Diese Wandlung wurde von unseren Informatoren wohl vermerkt, aber sie war ihnen unsympathisch. So suchte man sie, wo es ging, zu bagatellisieren, als nichtexistent zu behandeln, zum mindesten aber als völlig gegen Recht und Gesetz verstößend abzulehnen. Der „*Sch=esse=diese=Suppe=nicht*“=Standpunkt beherrschte damals und bis in die jüngste Zeit jene Kreise, deren Wissen und Nichtwissen, deren Wollen und Nichtwollen das Schweizervolk nun einmal in seiner überwiegenden Mehrheit ausgeliefert ist. Dieses Volk aber wurde bis in die allerletzte Zeit im Unklaren gelassen über die wahre Stimmung, die in Österreich in der Frage des Anschlusses — nicht identisch mit der Frage des Nationalsozialismus — herrschte, und so kam es, daß das Volk in den Tagen des 11. bis 13. März recht unsanft aus dem Schlaf gerüttelt wurde und seine Träume sich als völlig unwirklich erwiesen. Mußte nicht, unter solchen Voraussetzungen, das Bewußtsein sich aufdrängen, Österreich sei „vergewaltigt“ worden?

Unter diesem Motto nun aber segelt ein großer Teil der patriotischen Regenerationsstimmung, die wir nach dem 13. März erlebt hatten. Darum will uns diese Stimmung auch nicht in allen Teilen so recht gefallen. Der psychologische Start ist nun einmal falsch gewesen und auf solchen unrichtigen Voraussetzungen läßt sich schwer ein guter Bau

errichten. So geziemt es sich, gewissen Strömungen skeptisch zu begegnen, auch wenn dies dem sogenannten Lauf der Zeit und den Wünschen der Masse und aller sogenannten „Gutgesinnten“ nicht entsprechen sollte.

Die patriotische Bewegung in unserem Lande ist demnach zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß, gestützt auf falsche Voraussetzungen über den wirklichen Willen oder die wirkliche Gesinnung des österreichischen Volkes, Vergleiche gezogen wurden, die niemals hätten gezogen werden dürfen. Man kam so dazu, das Schicksal Österreichs in Parallele zu setzen zu einem präsidentiven schweizerischen Schicksal, und die Folge davon war, daß verschiedene Herren, auch ziemlich hohe, den Schlotter bekamen. Es scheint uns am Platze, in diesem Zusammenhang die außenpolitische Situation der Schweiz zu skizzieren, wie sie sich wirklich darstellt. Die innerpolitischen Schlußfolgerungen, die daraus gezogen werden müssen, ergeben sich in diesem Falle dann bedeutend leichter.

\* \* \*

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und damit die Schaffung der ersten Etappe Großdeutschlands muß zweifellos als ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung gewertet werden. Die Sehnsucht nach der Wiederherstellung des großen Deutschen Reiches hat über ein Jahrhundert lang vergeblich ihre Erfüllung gesucht. Generationen diesseits und jenseits der deutsch-österreichischen Grenze haben in diesem Gedanken gelebt und haben für diesen Gedanken gelebt. Und wie eine ganze hundertjährige Periode der Geschichte durch das Ringen um diese Erfüllung gekennzeichnet war, so stellt die Verwirklichung dieser Idee durch Hitler zweifellos ein säkulares Ereignis dar. Nicht nur die Geschichte der letzten 20 Jahre ist tot und verwischt; der Anschluß bedeutet vielmehr das Ende eines jahrzehntelangen Kampfes, und aus diesem Kampfe geht heute das Deutsche Reich stärker hervor, als es je gewesen ist. Dieses Reich wird beherrscht durch einen rückichtslosen zentralen Willen, der jede Opposition im Namen der Einheit des Volkes im Keime erstickt. So unbestreitbar es ist, daß Hitler das alte Deutsche Reich seit dem Jahre 1933 zu einer mächtigen Waffe geschmiedet hat, so wenig ist zu bestreiten, daß auch das großdeutsche Reich in seiner jetzigen Formation über kurz oder lang ein geschlossener Wille in der Hand seines Führers sein wird. Das sind Feststellungen, die sich aus einer nüchternen Beurteilung der Tatsachen ohne weiteres aufdrängen.

Diese Feststellungen aber sind keine Werturteile. Die Frage bleibt demnach durchaus offen, ob das durch Hitler eingeführte politische System, das man oft auch als Weltanschauung bezeichnet, geeignet ist, in Zeiten innerer Krise auf die Dauer zu bestehen. Denn es darf nie übersehen werden, daß die Jahre von 1933 bis heute für den Nationalsozialismus vorwiegend Jahre des Kampfes gegen äußere Bedrückung gewesen sind und

daß die innere Krisis, nicht zuletzt geistiger Art, unter der Devise dieses Kampfes gegen außen niedergehalten werden konnte. Es ist ebenso unbestreitbar, daß der welthistorische äußere Erfolg Hitlers, wie er nun mit dem Anschluß Österreichs eingetreten ist, sein Prestige und damit das Prestige des von ihm vertretenen politischen Systems bei allen Patrioten des großdeutschen Reiches auf Jahre hinaus schützen wird. Zu dieser Erkenntnis hätte es keineswegs der Abstimmung vom 10. April 1938 bedurft! Wie weit aber dieses System im ruhigen Fluß friedlicher Jahrzehnte seine eigene Opposition erledigen könnte, wie in Zeiten äußeren Kampfes, darüber läßt sich wohl füglich diskutieren. Und wie weit das System gegebenenfalls eine äußere Niederlage ertragen würde, ist ebenfalls nicht bestimmt.

Das sind selbstverständliche Einschränkungen, die bei der Beurteilung der machtpolitischen Tatsachen im Interesse der Objektivität gemacht werden müssen. Sie sind aber nicht geeignet, an der Erkenntnis der Lage etwas zu ändern, wie sie sich heute darstellt, denn es ist notwendig, daß von Realitäten ausgegangen wird, nicht aber von Hypothesen.

Die Realität aber besteht nun darin, daß das deutsche Volk bereits eine Machtfülle gewonnen hat, die noch vor wenigen Jahren nicht für vorstellbar gehalten worden wäre. Beweis genug dafür ist das Verhalten der Westmächte, mit Einschluß Italiens, gegenüber dem Anschluß gewesen. Auf Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden<sup>1)</sup>. Sicher ist, daß Frankreich machtpolitisch einfach nicht in der Lage gewesen ist, den Anschluß zu verhindern oder gar die vollzogene Tatsache wieder rückgängig zu machen, und dies, obwohl man in Paris genau wußte, daß mit dem Vollzug des Anschlusses die tschechoslowakische Position unhaltbar geworden war. Prag aber ist heute das letzte Bollwerk des Franzosen im ganzen Gebiet des Ostens; sein Sturz würde die Kleine Entente hinwegfegen und damit die letzten Reste französischen Einflusses in diesen Gebieten vernichten. Durch die Erledigung der tschechoslowakischen Position aber kann sich Deutschland bei seinem Vorstoß donauabwärts seine linke Flanke sichern, so wie es sich durch die Achse die rechte Flanke gesichert hat. Das alles weiß man genau in Paris, aber die Reaktion ist trotzdem ausgeblieben.

Dabei wäre es abwegig, etwa feststellen zu wollen, daß durch die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich mehr oder weniger nichts anderes wieder hergestellt werde, als der Zustand, der vor dem Kriege und bis 1918 bestanden hat. Gewiß war schon vor dem Kriege, wie man weiß unter Einschluß Italiens, eine gemeinsame Politik Deutschlands und Österreichs festzustellen. Der Unterschied aber ist gleichwohl naheliegend, weil damals doch immer wieder, sei es auf der deutschen, sei es auf der österreichischen Seite, eine bestimmte eigene Politik zum Durchbruch kam,

<sup>1)</sup> Vgl. Politische Rundschau: „Zur politischen Lage“.

was ja heute ausgeschlossen ist. Die einzige Parallele zu früher scheint uns der Faktor Italien zu sein, wie es auch im Laufe der Zeit keineswegs ausgeschlossen ist, daß es der Achse genau so ergeht, wie seinerzeit dem Dreibund. Schon heute ist ja die Unzufriedenheit in den maßgebenden Kreisen Italiens bekannt und wenn es zur mehr oder weniger vollständigen Lahmlegung des Hafens von Triest kommen sollte, so hätte Italien nicht alle, aber doch einen großen Teil seiner effektiven Gewinne aus dem Weltkrieg bereits wieder verloren, nachdem Südtirol sich in der Folge für die Italiener immer mehr als zweifelhaftes Geschenk erweisen wird, je mehr die großdeutsche Ideologie ihre Wellen über die Grenzen schlägt. Daß aber eine solche Entwicklung die Achsenlage verändern müßte, liegt auf der Hand.

Der Unterschied zwischen der heutigen großdeutschen Machtposition und der Lage unter dem deutsch-österreichischen Bundesgenossenverhältnis von vor dem Krieg beruht im weiteren noch darin, daß irgend ein Faktor, der in der Lage wäre, im Osten dieser Machtposition das Gleichgewicht zu bieten, nicht mehr vorhanden ist. Der Balkan steht heute dem großdeutschen Einfluß durchgehend offen, während früher bekanntlich in Belgrad und Sofia starke traditions- und rassenmäßig verwurzelte russische Positionen vorhanden waren, die eine einseitige Auswirkung des deutschen Einflusses verhindern konnten und tatsächlich auch verhindert haben. Der Bolschewismus hat auch diese Position Rußlands zunichte gemacht.

Wer wir von der Tschechoslowakei absehen, besteht heute einzig in Rußland selbst eine Gegenposition gegenüber den deutschen Bestrebungen. Der Faktor Tschechoslowakei aber kann als Gegengewicht kaum mehr in Rechnung gestellt werden. Selbst wenn es nicht zu einer direkten Liquidation des Staates kommt — diese liegt übrigens keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeit —, ist Prag durch den gemeinsamen Ansturm seiner Minderheiten völlig immobilisiert und fällt machtpolitisch im Sinne der französischen Bestrebungen auf Zurückdämmung der großdeutschen Entwicklung nicht mehr in Betracht. Rußland aber ist die große Unbekannte in dieser Rechnung, über deren wirkliches Gewicht kein Mensch Auskunft zu geben vermag. Ein eventuelles russisches Einreifen kann man sich heute, ganz abgesehen von der japanischen Bindung, nur sehr schwer vorstellen, weil sich auch hier seit 1914 die Dinge in einem wesentlichen Punkte verschoben haben: An der Westgrenze Rußlands erhebt sich heute die polnische Barriere, die in jedem Fall zuerst überwunden werden müßte und so bereits einen erheblichen Teil eingesehter russischer Kraft absorbieren würde.

Es ist somit unbestreitbar, daß der deutsche Vorstoß nach Österreich, dem heute aus unmittelbarer Nähe keine Gegenwirkung mehr entgegenzusetzen ist, machtpolitisch und wirtschaftlich für Deutschland ungeahnte Möglichkeiten offen läßt. Der Donautweg hat sich nunmehr geöffnet und eine äußerst geschickte Diplomatie Hitlers hat bereits seit Jahren, in fester Voraussicht des kommenden Ereignisses, allfällige Widerstände auf dem

Balkan, vor allem von Seiten Jugoslawiens, aber auch Bulgariens paralytiert. Ein noch einigermaßen fraglicher Posten in dieser Rechnung könnte höchstens Rumänien sein, wo es dem König anscheinend in letzter Minute gelungen ist, die Elemente, die das Land politisch und ideologisch auf die großdeutsche Seite führen wollten und die letzte Verbindung mit Frankreich abzuschneiden gedachten, zurückzuschlagen. Doch weiß man heute noch nicht, ob der rumänische König, dessen Position nicht nur aus rein politischen Gründen nicht über alle Zweifel erhaben ist, in der Lage sein wird, seine Politik zum Erfolg zu führen.

Daß Italien durch seine Bindung im Mittelmeer und in Afrika, ganz abgesehen von der Achsenfreundschaft, als ernst zu nehmender Gegner in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen dürfte, liegt auf der Hand.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben jedenfalls mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß Frankreich keineswegs in der Lage ist, die deutsche Expansion nach Osten irgendwie wesentlich zu behindern. Allein wäre das Land infolge seiner inneren Verfassung und einer ausgesprochenen Abneigung der Bevölkerung gegen kriegerische Aktionen ohnehin völlig manövrierunfähig. England aber hat sich bereits mit ziemlicher Deutlichkeit von den östlichen Dingen distanziert, nicht nur deshalb, weil seine Rüstung, lange vernachlässigt, noch nicht in entsprechendem Zustand ist, sondern noch mehr aus dem Grunde, weil die wahren Interessen Englands in jenen Zonen weder je zu finden waren noch heute zu finden sind. England beschränkt sich heute darauf, Bundesgenossen zu suchen, wo es sie finden kann, um auf diese Weise wenigstens den Versuch zu machen, im Bunde mit Frankreich so etwas wie ein europäisches Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Seine Bemühungen um Italien sind in dieser Richtung kennzeichnend, während die inzwischen erfolgte noch engere Bindung an Frankreich an den bestehenden Tatsachen im Grunde nichts ändert.

Die europäische Politik ist also im Begriff, eine völlige Umwandlung zu erfahren. Und es scheint uns, daß bei dieser Feststellung das persönliche Moment nicht außer Acht gelassen werden kann. Denn, mag man dies nun als angenehm empfinden oder nicht: Tatsache ist, daß das deutsche Reich in der Person Hitlers einen Mann diplomatischer Fähigkeiten gefunden hat, wie es ihn seit Jahrzehnten entbehren mußte. Wer die Entwicklung seit dem Herbst 1933, dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, über die konsequente Fortführung der Politik gegenüber Österreich, die Wiedererlangung der Wehrhoheit, die Remilitarisierung, den Anschluß, und die vorauszu sehenden Dinge in der Tschechoslowakei, vielleicht auch in Ungarn, betrachtet, wird um die Feststellung nicht herumkommen, daß in Deutschland heute ein Mann die Politik in Händen hält, der in der Beurteilung diplomatischer Möglichkeiten und machtpolitischer Tragbarkeit eine seltene Meisterschaft entwickelt, die vielleicht nur noch von seiner Kühnheit übertroffen wird. Alle diese außenpolitischen Aktionen Deutschlands seit 1933 waren bis auf den feinsten Ton auf die tatsächlichen Verhältnisse

und die Imponderabilien abgestimmt. Der Erfolg springt in die Augen. Man wäre versucht, zu sagen, daß Hitler, was ihm in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht gelungen ist, in politischer Beziehung bereits bewiesen hat: ihm wächst ein Kornfeld auf der flachen Hand.

Dieses persönliche Moment darf nicht übersehen werden, denn vielleicht führt es uns einer Entwicklung entgegen, die alle Wahrscheinlichkeitsrechnungen über den Haufen wirft.

Der Leser wird vielleicht einwenden, eine zusätzliche Machtentfaltung des Deutschen Reiches in einem Maße, das man sich heute nicht leicht vorstellt, müsse an der Begrenzung der deutschen Position in wirtschaftlicher Beziehung scheitern. Hier fragt es sich natürlich, ob von der wirtschaftlichen Grundlage des alten Reiches ausgegangen wird, oder aber von der wesentlich verbreiterten Grundlage durch den Anschluß Österreichs und die Expansionsmöglichkeiten ostwärts und donauabwärts. Dabei ist vorab zu bemerken, daß von den sogenannten Wirtschafts-Sachverständigen und Finanzpropheten im Jahre 1933 es kaum einer für möglich gehalten hat, daß das Dritte Reich sich unter den gegebenen Verhältnissen über fünf Jahre wirtschaftlich und finanziell halten würde. Man hätte es wohl als ausgeschlossen bezeichnet, daß in unserer modernen, durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen gekennzeichneten Periode ein Land imstande wäre, ohne genügende innere Ressourcen und angesichts eines ganz erheblichen Einfuhrbedarfs sich auf dem Wege des autarkischen Wirtschaftssystems durchzuhalten, und dazu noch gleichzeitig seine Arbeitslosen-Ziffer von über 10 % der Gesamtbevölkerung auf unter 1 % zu senken. Daß dies nur im Wege der Forcierung einer künstlichen Binnenkonjunktur möglich war, liegt auf der Hand. Und diese Konjunktur ihrerseits war wieder abhängig von der Voraussetzung einer künstlichen Niederhaltung des Lohn- und Preisniveaus, durch die sich der Produktionsprozeß in einem Maße verbilligte, das ihm eine angesichts der niedrigen Kaufkraft der Massen ungeahnte Ausdehnung ermöglichte. Das Künstliche liegt darin, daß dies alles nur möglich war unter der Voraussetzung einer inflatorischen Kreditwirtschaft, die bei ungeschützter Devisenposition und geöffneten Devisengrenzen die Währung nicht nur gefährdet, sondern weit unter den Stand z. B. der französischen Frankens hätte hinabwerfen müssen. Daß dabei das Land notgedrungen in eine unbegrenzte Staatswirtschaft hineingeführt werden mußte, ist eine absolute Voraussetzung dieser Politik. Es liegt im Begriff dieser Staatswirtschaft, daß der Staat die Wirtschaft nicht nur stützt, nicht nur lenkt, sondern sie in wesentlichen Teilen selbst übernimmt und in der Folge als Fabrikant auftritt oder als Bauunternehmer, Bankier oder endlich noch als Kaufmann. Dieser Status ist im Reich bereits heute im Wesentlichen erreicht und es ist eigentlich nicht mehr als eine Nuance, in der sich die deutsche und die russische Wirtschaftskonzeption unterscheiden. In Rußland ist der Fabrikant, der Unternehmer, der Kauf-



mann, der Bankier notwendigerweise einfach Staatsangestellter, weil der Staat das Monopol der Wirtschaft und des Handels besitzt. Das Deutsche Reich ist auf dem besten Wege, praktisch zum selben Status zu gelangen, denn bereits heute steht das sogenannte freie Unternehmertum völlig unter der Kontrolle des Staates und der freie Handel existiert als solcher nicht mehr, nachdem der Staat von der Preisseite her hineindirigiert und durch Bindung der Preise in zahlreichen ausschlaggebenden Produktionszweigen die Relation von Angebot und Nachfrage zerstört. Der Anhänger der verruchten liberalen Wirtschaftsauffassung kann sich deshalb oftmals eines leisen Lächelns kaum erwehren, wenn er die schallenden Trompetenstöße und das andauernde Rasseln der Trommeln im nationalsozialistisch-bolschewistischen Propagandakrieg hört und die Schlacht der feindlichen Brüder beobachtet, die sich doch im Grunde in mancher Beziehung recht ähnlich sehen.

Ob das alte Reich angesichts seiner weitgehend künstlich gehaltenen Wirtschaft, angesichts eines scharfen Devisenmangels und der Unmöglichkeit, sich auf die Dauer selbst zu versorgen, imstande gewesen wäre, eine kriegerische Verwicklung größeren Ausmaßes zu ertragen, ist seinerzeit oft diskutiert worden. Denn auch die Vierjahresplan-Wirtschaft wird kaum jemals in der Lage sein, jene beiden Grundmaterien, auf die es ankommt, zur kriegswirtschaftlichen Genüge zu beschaffen: Lebensmittel und Erze. Bekanntlich hat die Anekdote dem inzwischen zurückgetretenen Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht das Wort in den Mund gelegt, daß man mit der Brotkarte einen Krieg wohl beenden, nicht aber ihn beginnen könne. Nach den beinahe vierjährigen Erfahrungen, die die Welt mit dem Genie dieses Mannes als Wirtschaftsminister gemacht hat, wird man sich fragen, ob er nicht auch dieses noch fertig gebracht hätte.

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hat solche Diskussionen überflüssig gemacht. Die Wirtschafts- und Finanzlage des größeren Reiches ist erheblich besser als die des alten. Österreich bringt in die Gemeinschaft einen recht stattlichen Devisenschatz ein, der angesichts des notorischen Devisenmangels des Reiches noch mehr ins Gewicht fällt, als dies sonst der Fall sein könnte. Österreich bringt ferner in die Gemeinschaft einen sehr beträchtlichen Überschuß an Produkten, die dem alten Reich mangeln. Es liefert Holz in großem Umfang, Erz in beschränktem Umfang, vor allem aber — und das scheint beinahe das Wichtigste — Produkte der Milchwirtschaft. Bei dieser Gelegenheit ist übrigens festzustellen, daß die wirtschaftlichen Argumente auf beiden Seiten den Willen zum Anschluß, resp. die Neigung, ihn hinzunehmen, wesentlich bestimmt haben. Diese letztere Neigung zumal ist auf österreichischer Seite, auch wo man dem Anschluß, insbesondere aus weltanschaulichen Gründen, mit Zurückhaltung gegenüberstand, durch die Tatsache erheblich beeinflußt worden, daß es weder Dollfuß noch Schuschnigg trotz größter Anstrengungen jemals gelungen war, die Exportlage Österreichs

in diesen lebenswichtigen Punkten zu verbessern. Die Römischen Protokolle, die zu einem großen Teil auch dieser Zweckbestimmung dienen sollten, haben hier fast völlig versagt, mußten wohl auch versagen, nachdem der ungarische Partner zum Teil über dieselben Überschüsse verfügte und somit als Abnehmer Österreichs nicht in Betracht kam, während Italien infolge seiner Devisenlage außerordentlich gehemmt war. Daß andererseits gerade dieses wirtschaftliche Argument den Anschlußwillen im alten Reich angesichts der eigenen Not speziell in letzter Zeit hat verstärken helfen, ergibt sich nach dem oben Festgestellten von selbst. Was im besondern die finanzpolitische Seite betrifft, so ist hier die Erleichterung zu Gunsten des Reiches, abgesehen von der Übernahme des Devisenschazes, bezw. von Gold, durch die Möglichkeit der Sicherstellung im Ausland liegender Vermögen österreichischer Staatsbürger, zum Teil der Juden, sehr stark. Wie groß der Umfang der Zuflüsse sein muß, ergibt sich aus Informationen, die bereits heute umgehen und die wissen wollen, daß Deutschland binnen kurzem in der Lage sein werde, zu einer Generalvereinigung der finanzpolitischen Beziehungen zum Ausland und zu einer Neuordnung des durch den Anschluß noch komplizierteren inländischen Währungsmarktes zu schreiten. Die Währungskonsolidierung dürfte allerdings, angesichts des international geringen inneren Wertes der Reichsmark, kaum anders als durch eine Abwertung zu bewerkstelligen sein, wie denn überhaupt eine früher oder später mit Notwendigkeit eintretende Lösung aus der deutschen Binnenwirtschaft auf einem anderen Wege als dem der Anpassung der Mark nicht wohl denkbar erscheint, wobei übrigens diese Operation angesichts des auch heute noch bescheidenen Vorrates an Goldwerten kaum ohne Zuhilfenahme von Stützkrediten möglich wäre. Da diese zurzeit nicht in Betracht kommen, dürfte eine Öffnung der Devisengrenze nicht in Frage stehen. Dagegen wird vermutet, daß im Wege einer Zwischenetappe die zahllosen Marksorten durch die Verhandlungen mit dem Ausland in eine einzige zusammengefaßt und gleichzeitig die Markwährung abgewertet, bezw. eine neue Währung auf abgewerteter Basis geschaffen würde<sup>2)</sup>.

Aus all dem ergibt sich, daß mit dem Anschluß Österreichs eine wesentliche Erleichterung der deutschen Wirtschaftslage eingetreten sein dürfte. Allerdings ist diese kaum so groß, daß dadurch die eingeleiteten Autarkiemaßnahmen, unter anderem der Vierjahresplan, bereits abgebaut werden könnten. Immerhin dürfte wohl die integrale Beibehaltung des Vierjahresplanes, auch seine Ausdehnung auf Österreich, wie sie durch Inbetriebsetzung niemals rentierender Erzvorkommen in Vorarl-

<sup>2)</sup> Übrigens deutet auch der heutige Umwertungskurs der Mark in Österreich im Verhältnis von 2 Mark = 3 Schilling auf eine solche Absicht hin. Selbst unter Zugrundelegung des offiziellen Schillingkurses in Zürich bedeutet dieses Berechnungsverhältnis, über den Schweizerfranken umgeleitet, bereits eine Abwertung der freien Mark um 25—30 %.

berg gekennzeichnet ist, zu einem Teil psychologisch bedingt sein, weil den deutschen Machthabern im Interesse weiter gesteckter Ziele ein Abbau des im Rahmen der Erzeugungsschlacht erzielten psychischen Druckes auf die Bevölkerung nur erwünscht sein kann.

Dagegen dürfte die Freilegung des Weges der Donau in wirtschaftlicher Beziehung dem Reiche manche Vorteile bringen. Unter anderem ist Deutschland heute in der Lage, nicht nur die österreichischen, sondern — durch Tarifmaßnahmen — auch die ungarischen, bezw. tschechoslowakischen Exportgüter über den Hafen Hamburg zu leiten und so den Hafen von Triest in seiner Bedeutung ganz erheblich zu schmälern. Dies ist deswegen besonders bedeutsam, weil der verhältnismäßig umfangreiche tschechoslowakische Export bisher fast ausschließlich über Triest geleitet wurde. Die bereits sichtbare politische Annäherung speziell Ungarns an das großdeutsche Reich, wie sie sich übrigens in den gemeinsamen Operationen gegen den Bestand der Tschechoslowakei äußert, dürfte aber über kurz oder lang auch günstige wirtschaftliche Folgen für das Reich ergeben. Diese liegen, angesichts der wirtschaftlichen Struktur der Donauländer, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, zu wesentlichen Teilen auf dem Ernährungsgelände, das heute zu den dringendsten in Deutschland gehört. Inwieweit indessen, mit Rücksicht auf die deutsche Devisenlage, hier in absehbarer Zeit eine wesentliche Änderung eintreten könnte, ist unbestimmt.

Es ergibt sich somit, daß die wirtschaftliche Macht des Reiches durch den Anschluß gestärkt worden ist. Immerhin ist diese Stärkung insofern relativ, als sie unter den heutigen Umständen keineswegs bis zur vollständigen Sanierung der deutschen Wirtschaftslage führen kann. Der Fortschritt aber ist unverkennbar.

Eine ganz bedeutende Verstärkung der deutschen Wirtschaftsmacht würde sich indessen durch den Zerfall des tschechoslowakischen Staates und den Anschluß des sudetendeutschen Gebietes an das Reich ergeben. Eine solche Möglichkeit aber ist heute, angesichts der machtpolitischen Verhältnisse, auf die wir bereits hingewiesen haben, keineswegs nur hypothetisch<sup>3)</sup>, wenn auch selbstverständlich in dieser Beziehung mit längeren Zeiträumen gerechnet werden muß. Das sudetendeutsche Gebiet, dessen Grenzen übrigens nicht genau abzustechen sind, da die Bevölkerung gegen die Sprachgrenze zu naturgemäß stark gemischt ist, umfaßt eine bedeutende Eisenindustrie, Glasindustrie, eine bekannte chemische Industrie, vor allem aber Kohle. Ein Anschluß dieser Gebiete müßte dem Reich eine weitere wirtschaftliche Stärkung bringen, obwohl auch diese nicht bis zur Deckung des Rohstoffbedarfes gehen würde. Dies ist mit ein Grund, daß Deutschland seine Kolonialforderungen auch im Falle territorialer Sättigung in Mitteleuropa nicht fallen lassen wird, weil die Beschaffung der Rohstoffe auf diesem Wege eine endgültige Lösung nicht finden kann.

<sup>3)</sup> Vergl. Politische Rundschau: „Zur politischen Lage“.

Eine solche Lösung und damit zugleich die Lösung des heiklen Problems des Bevölkerungsüberschusses, würde sich erst durch einen erfolgreichen Krieg gegen Rußland ergeben können.

\* \* \*

So steht das großdeutsche Reich heute in Mitteleuropa im Besitz einer überwiegenden, täglich wachsenden Machtfülle, für die zudem die nähere oder fernere Aussicht der Ausdehnung nach Osten besteht. Dieses Reich ist der Führung eines Mannes ergeben, der in politischer Hinsicht oftmals die Berührung mit dem Genialen erkennen ließ. Dieser Mann hat bereits Weltgeschichte gemacht und er wird, wenn ihn nicht eines Tages das Schicksal der Diktatoren ereilt, fortfahren, Weltgeschichte zu machen. Seine Antipoden sind im Rückstand oder geschwächt. Teilweise sind sie auch im Begriff, den Mut zu verlieren.

Vor weniger als 150 Jahren erlebte Europa den Durchbruch der Franzosen und ihre Bajonette glänzten in der Sonne der östlichsten und der südlichsten Bezirke. Auch die Schweiz bekam den Absatz ihres Stiefels zu spüren. Wird das zwanzigste Jahrhundert den Durchbruch des Pan germanismus erleben müssen?

Die Ziele Adolf Hitler's sind weit gesteckt. Sie gehen weiter als bis zu den Hütten des Erzgebirges und den böhmischen Wäldern. Es ist keineswegs zu weitgehend und gewiß nicht unbegründet, zu vermuten, daß seine Ziele auch die Kornkammern Rußland's und seine unerschöpflichen Vorräte an Werten und an Boden umfassen. Es scheint zuweilen, als ob er das nächste Ziel, die Erledigung der Tschchoslawakei, ohne Krieg erreichen würde. Je stärker aber die Machtposition des Reiches in Mitteleuropa wird, umso stürmischer wird es seine anderen Forderungen vorbringen. Der Ruf nach Kolonien ist über den Anschluß oftmals überhört worden. Er wird lauter als bisher ertönen.

Es erhebt sich die große Frage, wie sich die Westmächte, wenn einmal das tschechoslowakische Problem ohne Krieg zugunsten des Reiches entschieden ist und damit die Hegemonie Deutschland's über Europa in greifbarer Nähe steht, zu weiteren deutschen Ansprüchen stellen werden. Die sprichwörtliche Geschicklichkeit Hitler's dürfte es zwar als möglich erscheinen lassen, daß er, wie bisher, zu jeder Stunde immer nur das beansprucht, um das, unter gegebenen Umständen, niemand in den Krieg ziehen bereit ist. Und doch ist es möglich, sogar sehr wahrscheinlich, daß eines Tages um die weiteren Ansprüche des Deutschen Reiches und seiner eventuellen Verbündeten ein gewaltiger Waffengang ausbrechen wird. Denn Frankreich wird in seinem eigenen Interesse einer fortdauernden Steigerung der deutschen territorialen Macht nicht ohne Reaktion zusehen können. England aber ist nicht in der Lage, sich gegenüber einer solchen Macht jemals von Frankreich zu trennen, weil eine endgültige Niederlage Frankreich's auch seiner Herrschaft ein Ende bereiten müßte.

Der Krieg steht also nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern er ist wahrscheinlich.

\* \* \*

Wir haben den außenpolitischen Aspekten des Problems einen etwas breiten Raum zugewiesen, weil darin die Bedingungen und Voraussetzungen für die kommende Politik der Schweiz gegeben sind. Der Vergleich zwischen dem Schicksal Österreichs und einem präsumptiven Schicksal der Schweiz ist falsch. Österreich ist ein deutsches Land. Es wollte den Anschluß. Die Schweiz ist kein deutsches Land. Sie verabscheut den Anschluß auch da, wo ihre Bewohner die deutsche Sprache sprechen. Diese Tatsache dürfte wohl allgemein bekannt sein. Die Schweiz will ihre Unabhängigkeit bewahren und sie ist gewillt, für die Erhaltung dieser Unabhängigkeit das Leben des ganzen Volkes einzusetzen. Damit dürfte der Unterschied zwischen dem Problem Österreich und dem Problem Schweiz zur Genüge gekennzeichnet sein.

Die Schweiz hat keinen Anlaß, einen Angriff Deutschland's auf ihr Gebiet zu fürchten. Es gibt keine Anhaltspunkte, die zu diesem Schluß führen müßten. Das Problem kann niemals so gestellt werden, und wenn unsere Marxisten und Antifaschisten das behaupten, so ist es nicht nur falsch, sondern in mancher Richtung für das weitere Schicksal unseres Volkes, das in der Hauptsache von seiner eigenen inneren Einstellung abhängt, gefährlich.

Nicht also aus Gründen spezieller Furcht vor einem ihrer Nachbarn, sondern aus Erwägungen, die in der allgemeinen politischen Lage begründet sind, kann indessen die Schweiz nur mit Sorge in die Zukunft sehen. Sie muß alles tun, um sich für den kommenden Krieg, der über das Schicksal Europa's bestimmen wird, zu rüsten. Von dem Maß ihrer Rüstung wird es zu einem großen Teil abhängen, ob es ihr gelingt, den Krieg wieder von ihren Grenzen fernzuhalten.

Abgesehen von ihrer eigenen Rüstung ist die Sicherheit der Schweiz nur gewährleistet, wenn das europäische Gleichgewicht erhalten bleibt. Eine einseitige Machtverlagerung in Europa setzt die Schweiz automatisch einem bestimmten politischen und kulturellen Druck aus. Unsere Erfahrungen bestätigen das. Sie gehen zurück nicht nur zur Wende des 18. Jahrhunderts, sondern auch auf die Periode der Zeit nach dem Weltkrieg, auf die 20er Jahre unseres Jahrhunderts. In diesen beiden Etappen hat die Schweiz teils den militärischen, teils den politischen und kulturellen Druck Frankreich's erlebt, der bis zur Besetzung unseres Territoriums und zur Errichtung einer uns wesensfremden Einheitsherrschaft in unserem Lande ging.

Die Zeiten französischer Suprematie in Europa sind für einmal vorbei. Es ist zu bezweifeln, ob sie jemals wieder kommen werden. Das Deutsche Reich wird seinem französischen Gegner täglich mehr überlegen.

Weil eine ernstliche Störung des europäischen Gleichgewichts oder schon die Aussicht auf eine solche Störung die Gefahr eines allgemeinen europäischen Brandes in sich trägt, wird die Schweiz jede Machtverschiebung in Europa in ihrem eigenen Interesse zu beachten haben. Die Schweiz hat kein Interesse an einem schwachen Frankreich, so wenig sie ein Interesse an einem übermächtigen Frankreich gehabt hat und haben konnte. Ihr Interesse ist darauf gerichtet, daß die beiden Mächte sich das Gleichgewicht halten.

\* \* \*

Die Lage der Schweiz als Kleinstaat bringt es aber mit sich, daß wir, im Gegensatz zu den Großmächten oder zu größeren und stärkeren Staaten, nicht in der Lage sind, unsere Interessen, soweit sie das Gebiet der europäischen Politik außerhalb unserer Grenzen berühren, irgendwie geltend zu machen. Im speziellen Fall heißt dies eben, daß wir unsererseits für die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa nichts tun können.

Unter diesen Umständen bleiben einem schwachen Staat nur wenige Mittel, um seinen Bestand im Zentrum unseres konfliktgeladenen Erdteils zu sichern. In unserem Falle heißen sie:

1. Nichteinmischung in fremde Händel, also Neutralität — als außenpolitische Maxime.
2. Erhaltung der Eigenart unseres schweizerischen Staates, also Erhaltung unseres staatlichen Sondertypus, wie er sich aus unserer schweizerischen Tradition ergeben hat und in dem sich das schweizerische Staatssystem von der Staatsorganisation der umliegenden Mächte unterscheidet — als innerpolitische Maxime.

\* \* \*

Das Problem der schweizerischen Neutralität, bezw. die außenpolitisch zwingend bedingte Notwendigkeit der Wiederherstellung der absoluten Neutralität der Schweiz im Völkerbund ist in diesen Hefen in jüngster Zeit wiederholt Gegenstand eingehender Darlegungen gewesen, sodaß wir uns heute mit einigen kurzen Hinweisen auf den aktuellen Stand des Problems begnügen können. Die Einmütigkeit des Schweizervolkes im Sinne der Wiederherstellung unserer absoluten Neutralität hat den Bundesrat veranlaßt, im Wege der Verhandlungen vorerst die Einstellung der Ratsmächte zu unserem Begehren festzustellen. Er hat dabei bereits die Zustimmung Frankreichs und Englands erreicht. Gleichzeitig ist die Angelegenheit der Schweiz auf die provisorische Tagesordnung der am 9. Mai beginnenden Session des Völkerbundsrates gesetzt worden. Der Bundesrat hat in einem Memorandum zu Händen der Ratsmächte den Standpunkt der Schweiz umschrieben und unser Begehren begründet. Wie sich die Lage heute darstellt, können wir

demnach hoffen, daß der Völkerbundsrat mit der erforderlichen Einstimmigkeit das schweizerische Begehren gutheißen und somit, im Sinne einer Revision der Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920, die Schweiz von der Teilnahme an Sanktionen jeder Art, also auch an wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, befreien wird. Die Einstimmigkeit dürfte allerdings nur unter Stimmenthaltung Rußlands und vielleicht noch anderer Mächte erreicht werden, doch ändert dies am Ergebnis nichts.

Ist dieses erste Ziel einmal erreicht, so müssen unverzüglich die nächsten Schritte getan werden, indem die Schweiz

1. gestützt auf die vom Völkerbund anerkannte absolute Neutralität die formale Anerkennung dieser Neutralität auch durch die dem Völkerbund nicht angehörenden Nachbarmächte zu erreichen sucht,
2. sich an den Bestrebungen zur Revision des Artikels 16 des Pactes im Sinne einer endgültigen Abschaffung des Obligatoriums der Sanktionen beteiligt, um damit die Gefahren, die sich aus der Domizilierung des Völkerbundes auf schweizerischem Territorium ergeben, nach Möglichkeit zu beschränken.

Für den Fall aber, daß dem schweizerischen Begehren in Genf wider Erwarten nicht entsprochen werden sollte, müßte sich eine völlig neue Lage ergeben, die zu anderen Schritten zu führen hätte.

\* \* \*

Wir glauben durch unsere Ausführungen über die politische Lage Europas und ihre steigende Gefährdung dargelegt zu haben, wie dringend die Schweiz vor die Notwendigkeit gestellt ist, ihre absolute Neutralität völkerrechtlich von allen uns umgebenden Staaten feierlich anerkannt zu wissen. Denn allein die Neutralität, verbunden mit einer starken Rüstung, kann die Schweiz davor bewahren, in einen kommenden Konflikt hineingezogen zu werden.

Aber der wahre Gehalt der schweizerischen Neutralität erschöpft sich nicht in völkerrechtlichen Dokumenten. Nur ein Teil des Problems wird durch diese erfaßt. Der andere Teil ist psychologischer Natur und spielt sich auf unserem eigenen Boden ab. Er bildet die Grundlage, auf der allein erst eine wirklich neutrale Politik nach außen getrieben werden kann. Man nennt das Neutralität der Gesinnung.

Das Problem dieser inneren Neutralität erfordert, daß sich das Schweizer Volk in seiner Einstellung und in den Äußerungen der Organe der öffentlichen Meinung gegenüber der Politik der auswärtigen Mächte und ihrer inneren Einrichtungen eine gewisse selbstverständliche Zurückhaltung auferlegt.

Hier die Grenzen abzuschätzen, ist allerdings nicht ganz einfach, denn die Neutralität der Gesinnung ist eine Angelegenheit der frei-

willigen Disziplin des Volkes und seiner Organe. Das bedeutet, daß sie niemals Gegenstand von Verhandlungen mit auswärtigen Mächten werden darf. Es ist dies eine Angelegenheit, über die wir allein entscheiden und in die uns niemand hineinzureden hat. Herr Nationalrat Dr. Deri hat in der letzten Jahresversammlung der „Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund“ dem Bedenken Ausdruck gegeben, daß gewisse Staaten eventuell versuchen würden,

„uns den Mund zu verbinden, wie es z. B. das Deutsche Reich mit seinem Presse- und Kulturabkommen mit Österreich erreicht hat.“

Es ist klar, daß solche Dinge für uns nicht in Frage kommen können. Sie werden übrigens auch von niemand verlangt.

Im allgemeinen werden an die Gesinnungsneutralität verschiedene Forderungen gestellt werden müssen. In erster Linie ist es die Forderung, daß die Presse sich in der Beurteilung der Einrichtungen fremder Staaten und ihrer Politik die notwendige Zurückhaltung auferlegt. In Fällen, wo die Presse gar zu Beleidigungen und Verunglimpfungen fremder Staatsmänner übergeht, muß endlich scharf, und zwar mit Verboten, durchgegriffen werden. Es dürfte für Jedermann einleuchtend sein, daß das Schweizervolk es sich nicht leisten kann, daß gewisse Presseorgane ihre hysterischen Exkursionen auf seinem Rücken ausführen. Die Angelegenheit der „Berner Tagwacht“ ist noch in aller Erinnerung. Die Zeitung erlaubte sich, in einem Artikel, dessen Verfasser vermutlich nicht einmal Schweizer war, den deutschen Reichskanzler auf unerhörte Weise zu beleidigen. Die prompte Folge war eine geharnischte Beschwerde des deutschen Gesandten in der Schweiz. Die „Berner Tagwacht“ mußte darauf kläglich den Rückzug antreten, und die Schweiz hat sich eine Blamage geholt. Eine Wiederholung solcher Verstöße könnte sich zu einer schweren Gefährdung unserer Selbständigkeit und unserer Sicherheit auswirken. Es ist vielleicht in manchen Kreisen noch nicht bekannt, wie groß die Erbitterung insbesondere in Deutschland über die dauernd feindselige Einstellung unserer Presse und unseres Volkes gegenüber den deutschen Einrichtungen geworden ist. Wie es nun eine selbstverständliche Pflicht des Anstandes ist und keineswegs irgend eine Aufgabe der Freiheit bedeutet, wenn wir uns in der Kritik zurückhalten, so ist die Feststellung keineswegs ein Zeichen übertriebener Angstlichkeit, daß uns solche Angelegenheiten mit der Zeit in recht ungünstige Situationen hineinmanövrieren könnten. Es steht dem Kleinen wirklich nicht zu, den Großen wie ein Hund anzubellen. Er könnte sonst riskieren, daß ihm etwas unsanft aufs Haupt geschlagen würde.

Daß im übrigen die Zurückhaltung nicht etwa einseitig zu Gunsten der autoritären Staaten auszuüben ist, ergibt sich aus unserer neutralen Stellung von selbst. In der Form zwar sanfter, aber im Grund genau so verwerflich war ein unverschämter Artikel des Pariser Korrespondenten



des „Journal de Genève“, in dem der damalige französische Ministerpräsident Léon Blum angegriffen und beleidigt wurde. Wenn diese Angelegenheit, die ungefähr gleichzeitig mit dem Angriff der „Berner Tagwacht“ spielte, dem Blatt keine Verwarnung der Pressekommission, sondern nur eine Mißbilligung durch die Behörden eintrug, so liegt dies daran, daß die Form der Angriffe milder war und daß ein Ministerpräsident nicht den gleichen Schutz zu beanspruchen hat wie ein Staatsoberhaupt. Im Grunde aber handelt es sich natürlich um genau dasselbe. Deshalb geht es nicht an, wenn das Organ einer Erneuerungsbewegung in Zürich, wie es Monate hindurch geschah, täglich über den „Juden und Freimaurer“ Léon Blum herzog, sich aber äußerst empfindlich zeigte, wenn irgendwo einmal die Person des deutschen Reichskanzlers hergenommen wurde. Solche Leute eignen sich nun allerdings keineswegs zum Richter über andere!

Es darf nun immerhin festgestellt werden, daß die kürzlich — unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs — ergangene erneute Warnung des Bundesrates an die Presse einen relativen Erfolg gezeitigt hat. Die große Presse wenigstens übt etwas mehr Zurückhaltung. Es ist zu hoffen, daß es dem Bundesrat gelingt, endlich auch gewisse Provinzorgane, insbesondere sozialdemokratischer Färbung, aber auch demokratischer Tendenz („Landbote“!) zur Raison zu bringen, und zwar auf Grund der bestehenden Notbestimmung. Eine weitergehende Beschränkung der Pressefreiheit wird in der Schweiz niemand wünschen. Aber Voraussetzung für die Vermeidung eines so schweren Eingriffes ist die Haltung der erforderlichen Disziplin.

Eigentlich noch fast bedenklicher als gewisse Presseangelegenheiten erscheint hingegen die offensichtliche Animosität der Masse, insbesondere der deutschschweizerischen Bevölkerung, gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Deutschen Reich, ein Zustand, der seit dem Anschluß Österreichs infolge der von der Presse verbreiteten falschen Parallele manchmal im Begriffe steht, direkt hysterische Formen anzunehmen. Es ist manchmal kaum zu schildern, was man in Gesprächen des „einfachen Mannes“ in dieser Beziehung zu hören bekommt, und es graut einem bei dem Gedanken, daß das Land eines Tages die Quittung für solche unsinnige Stimmungsmacherei erhalten könnte! Man erinnert sich noch an die Belästigung reichsdeutscher Automobilisten, die eine Zeit lang das Sonntagsvergnügen gewisser Leute zu bilden schien, an gewisse Vorfälle, die sich im Anschluß an ein Länderspiel ereigneten, wo in Winterthur heimkehrende deutsche Teilnehmer von einer verrückt gewordenen Menge aufs Übelste belästigt wurden. In letzter Zeit kommen hinzu die Angriffe auf zugelassene Organisationen der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz, die bei harmlosen Zusammenkünften belästigt und beleidigt werden, wie dies kürzlich in Arbon geschehen ist. Das Bemühendste ist dabei, festzustellen, daß die sozialdemokratischen Blätter stets bereits sind, solche

Entgleisungen zu decken oder zu bagatellisieren, wobei sie noch regelmäßig die Gelegenheit ergreifen, erneut gegen den nördlichen Nachbar loszuziehen. Diese Einstellung bedeutet eine treffende Charakteristik der sogenannten „patriotischen Gesinnung“, die nun plötzlich diese Leute ergriffen haben soll. Es macht ihnen absolut nichts aus, die Sicherheit des Landes durch eine solch unsinnige Hezpolitik Tag für Tag weiter zu gefährden.

Auf diesem Gebiet gerade werden wir den Prüfstein zu suchen haben, der die Umkehr der Sozialdemokratie und ihre Zuwendung zum Vaterland nachweisen soll. Wenn die sozialdemokratische Presse und ihre demokratischen Nachläufer nicht endlich aufhören, das Volk täglich weiter zu verheizen, wenn sie nicht vielmehr, im Verein mit anderen, gewillt sind, das ihrige zu tun, um Lauf die lächerlich animierte Stimmung unsere Bevölkerung zu gießen, so glaubt ihnen kein Mensch, daß sie ihren neuen Patriotismus wirklich ernst nehmen. Mögen die Herren sich ein Beispiel nehmen an der Einstellung der welschen Bevölkerung, die im allgemeinen eine musterhafte Zurückhaltung in Presse und Volksstimmung an den Tag legt.

Seit den Tagen des Unabruches in Österreich geht eine Welle des Patriotismus und der Einigkeit durch das Land. Man schließt sich zusammen zur materiellen und geistigen Landesverteidigung. Es wäre an der Zeit, wenn diejenigen, die heute am lautesten von der Landesverteidigung reden — die sie früher angeiferten, wo und wann sie konnten —, sich darauf besinnen würden, daß der Erfolg unserer materiellen und geistigen Landesverteidigungsmaßnahmen von vornherein bereits wesentlich beeinträchtigt, wenn nicht überhaupt gefährdet wird, sollte es nicht gelingen, dem Volke endlich das Verständnis für die Neutralität der Gesinnung einzuprägen. Denn die schönsten völkerrechtlichen Dokumente werden Papier bleiben, wenn nicht alle uns umgebenden Staaten an unseren ernstesten Willen zur Neutralität zu glauben vermögen. Das Vertrauen in unsere Neutralität läßt sich aber nur herstellen, wenn wir diese Neutralität in unserer Gesinnung beweisen. Das freie Wort, wenn es überlegt ist und aus der Verantwortung heraus gesprochen wird, soll und wird deshalb niemals gefährdet sein.

\* \* \*

Obwohl wir durchaus den Standpunkt vertreten, daß die Sammlung des ganzen Volkes, mit Einschluß der Arbeiterschaft, um die Landesfahne, die Einigung aller Parteien auf eine vaterländische Politik durchaus kein Ding der Unmöglichkeit sein sollte, müssen die erwähnten Tatsachen auch denjenigen bedenklich stimmen, der an sich eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Verantwortung keineswegs für alle Zeiten ausschließen möchte. Die erwähnten Beispiele einer im Grunde den Bedürfnissen des Landes verständnislos gegenüberstehenden Einstellung, die beliebig vermehrt werden könnten, zwingen in-

dessen — und zwar als allermindeste Konsequenz — zu dem Schluß, daß die Zeit für solche Operationen noch nicht reif ist. Das Bürgertum sollte gar nicht so viel Eile zeigen, sich mit denjenigen auf Leben und Tod zu verbünden, die gestern noch die Interessen des Landes verleugnet und seine heiligsten Güter in den Not gezogen haben.

Dies aber muß auch den Gutwilligen zur Vorsicht mahnen, und auch den zur Zurückhaltung veranlassen, der es nicht als der Weisheit letzten Schluß erkennen kann, wenn einer dem andern ein Menschenalter lang den Spiegel seiner politischen Sünden vorhält. Aber die Herren zur Linken mögen schon verzeihen, wenn wir etwas vorsichtig sind und das eigentümliche Gefühl nicht ganz unterdrücken können, daß die Wandlung der Saulusse zu den Paulussen doch mit einer verdächtigen Eilfertigkeit vor sich gegangen sei. Niemand kauft übrigens gerne eine Kaze im Sack. Besonders aber wird er es dann nicht tun, wenn der Sack einige undichte Stellen aufweist, durch die auch der Gutwillige einige verdächtige Flecken auf dem sonst schneeweißen Fell des Tieres erkennt.

Dies aber ist durchaus der Fall. Der patriotische Rummel der sozialdemokratischen Führer ist einfach nicht echt. Könnte er es überhaupt sein, wenn man auch nur die jüngste Vergangenheit betrachtet? Noch vor nur drei Jahren, als das Volk aufgerufen wurde, das Opfer einer bescheidenen Verlängerung der ersten Dienstzeit auf sich zu nehmen, erscholl aus dem linken Lager haßerfüllte Ablehnung. Das Vaterland und die Armee wurden beschimpft, und teils ohne jedes Verständnis für die Forderungen der Stunde, teils aber in zynischer Offenheit, in der sich vaterlandsfeindliche Gesinnung zeigte, wurden die Interessen des Landes verleugnet. Sind es nun nicht genau dieselben Leute, die damals, vor noch so kurzer Zeit, so sprachen und so schrieben, deren Mund heute überschäumt von Patriotismus und die sich jeweils dort zu vorderst vordrängen, wo von Verstärkung der Landesverteidigung geredet wird? Sind es nun nicht genau dieselben Leute, die heute jeden als „schlechten Eidgenossen“ beschimpfen, der sich erlaubt, gegen die überspanntesten ihrer Forderungen leise Skepsis zu äußern und es vorzieht, ihrem patriotischen Jahrmärtsrummel fern zu bleiben? Es müßte einer schon über ein abnormal kurzes Gedächtnis verfügen, der gegenüber einer solchen Wandlung nicht zur Zurückhaltung mahnte!

Nicht dem einzelnen Arbeiter kann der Vorwurf gelten. Wer die Zeiten des aktiven Dienstes während des Krieges mitgemacht hat, der weiß genau, daß niemand das Recht hat, die Vaterlandsliebe unseres schweizerischen Arbeiters in Zweifel zu ziehen. Den Führern gilt der Vorwurf! Wenn wenigstens diejenigen, die damals am lautesten gegen die Interessen des Landes auftraten, in den Tagen der Wandlung ihr Amt niedergelegt hätten und andere Männer an ihre Stelle getreten wären, könnte man leichter an die Ernsthaftigkeit der Um-

kehr glauben. Die aber heute „Hosianna“ schreien, sind genau dieselben, die gestern „Kreuzige“ schrien!

Die Wahrheit ist, daß der neuerwachte Patriotismus dieser Leute mit dem oben skizzierten unneutralen Verhalten ihrer Presse in engstem Zusammenhang steht. Es gilt den Kampf gegen den Faschismus! Im Anschluß an eine der heute recht zahlreichen Kundgebungen für die Unabhängigkeit des Landes, an der auch ein höherer Offizier neben einem Sozialdemokraten sprach, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ (Basel):

„Wir würden uns mit dem Teufel verbünden, um den Faschismus deutscher oder italienischer Spielart abzuwehren. Warum sollen wir die wichtigen Gegenwartsprobleme nicht mit den Männern bereden, die berufen sind, im Ernstfalle die Truppen zu führen?“

Der Vergleich ist rührend, die Offenheit klassisch.

Und weiter:

„Wir befürworten die Veranstaltungen als Demonstration an die Adresse, die es angeht. Und dort wird man schon merken, wer gemeint ist. Nicht die Demokratien des Westens bedrohen die kleinen Staaten. Keine von ihnen hat Österreich verschluckt und wenn sie noch so sehr als Diebe verschrien werden.“

Die Vorfahren des guten Mannes, der das geschrieben hat, haben offenbar die Überflutung des Schweizerbodens durch die Truppen Frankreichs, ihren Raub und ihre Plünderungen nicht erlebt.

Mit Leichtigkeit ließen sich diese Beispiele vermehren.

Am 30. März 1938 publizierte das „Volksrecht“ auf der ersten Seite einen Aufruf zur Bildung der schweizerischen Volksfront. Darin heißt es:

„Die Umstände, unter denen Österreich zur Preisgabe seines Selbstbestimmungsrechts gezwungen und zum Verlust seiner Freiheit verurteilt wurde, haben die politische Lage der Gegenwart grell beleuchtet . . .“

Und weiter:

„Noch haben allzuviele in unserem Lande die Größe und die Nähe der Gefahr, die uns bedroht, nicht begriffen. Noch wird die Tatsache, daß es sich beim Kampf um die Vorherrschaft von Recht oder Gewalt, von demokratischer oder diktatorischer Ordnung der Welt auch für uns nicht mehr um „fremde Hände“, sondern um das eigene Sein oder Nichtsein handelt, nicht genügend erkannt.“

Dieser Aufruf, der neben den Namen einiger bürgerlicher Herren linksdemokratischer Prägung die Unterschrift prominenter Führer der Sozialdemokratie trägt, bedeutet also die glatte Verleugnung der Neutralitätspolitik des Bundesrates, die die einmütige Billigung des Parlamentes gefunden hat. Man verlangt den Anschluß an die Demokratien des Westens.

Ist es notwendig, in diesem Zusammenhang noch die täglichen Ergüsse des Herrn Léon Nicole zu zitieren? Am 24. März 1938 schreibt er im „Droit du Peuple“:

„Unser Land wäre nicht in der Lage, die Unverfehrtheit seines Bodens und seine Unabhängigkeit ohne die Unterstützung durch Frankreich und die anderen Mächte zu wahren, die an der Verteidigung des Rechts in Europa interessiert sind.“

Derselbe am 17. März:

„Spanien zu retten, muß jetzt die Parole aller freien Männer sein. Die Rettung Spaniens bedeutet die Rettung der Demokratie und des Friedens.“

Wir sind dem Herrn dankbar für seine Offenheit.

Des Pudels Kern wäre demnach herausgeschält. Die Schweiz soll als aktives Glied in die Reihen der Kämpfer gegen den Faschismus eingereiht werden. Ihre Armee aber, deren Ausbau das liebevolle Bemühen ihrer neuesten Protagonisten gilt, soll zur Waffe geschmiedet werden für diesen Kampf.

Jedenfalls zeigen diese Zitate, daß die Stunde der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, der Schaffung der Einheitsfront der sogenannten „Gutgesinnten“, noch nicht gekommen ist. Die Bewährungsfrist für diese Herren kann vom Standpunkt eines verantwortungsbewußten Bürgertums überhaupt nicht zu laufen beginnen, solange die wahre Gesinnung der „Bekehrten“ derart unverholen zum Ausdruck kommt.

\* \* \*

Unter den zur Zeit gegebenen Umständen ist eine verantwortliche Mitbeteiligung der Sozialdemokratie im Bunde aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht tragbar.

Die Erwägungen auf dem Gebiete der Außenpolitik ergeben sich nach dem Gesagten von selbst. Eine stärkere Einflußnahme der Sozialdemokratie müßte, angesichts ihrer heutigen Einstellung, die Schweiz automatisch dem Block der westlichen Demokratien annähern und die vom Bundesrat eingeleitete Neutralitätspolitik direkt gefährden. Durch die Einräumung eines maßgebenden Einflusses an eine so ausgesprochen antifaschistisch eingestellte Partei müßten unsere Beziehungen zu den autoritären Mächten mit Notwendigkeit gefährdet werden. Dies hätte zur Folge, daß die Schweiz nicht mit Sicherheit darauf rechnen könnte, in einem kommenden Konflikt von diesen Mächten als unbedingt neutral anerkannt zu werden. Angesichts der großen Gefahren, denen die Schweiz in der heutigen politischen Lage Europa's ohnehin ausgesetzt ist, sollten allein schon solche Erwägungen den verantwortungsvollen bürgerlichen Politiker zur äußersten Zurückhaltung veranlassen.

Vom innenpolitischen Standpunkt aus gesehen müßten die Rückwirkungen einer Mitbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortung im Bunde, angesichts ihrer heutigen Einstellung, als äußerst schwerwiegend bezeichnet werden. Die erste Konsequenz einer

solchen Zusammenarbeit würde sich, direkt oder indirekt, in der Ausschaltung des rechtsbürgerlichen Elementes aus der politischen Einflußnahme ergeben. Das Ergebnis wäre demnach die *V o l k s f r o n t*.

Der Übergang zur Richtlinienpolitik, zur Politik der Volksfront aber würde die Schweiz in ihrem heutigen Bestande innerlich aushöhlen. Es genügt, auf das Beispiel Frankreichs zu verweisen. Angesichts der betonten Ansprüche der Sozialdemokratie und der notorischen Schwäche und Kompromißbereitschaft unserer bürgerlichen Parteien käme die Einführung einer Volksfrontpolitik einer Wandlung in der Struktur des Bundes gleich. Dadurch aber würde der Bestand der Eidgenossenschaft direkt gefährdet.

Die Mitarbeit der Sozialdemokratie müßte eine wesentliche *V e r s t ä r k u n g* der bereits bestehenden *z e n t r a l i s t i s c h e n* Tendenzen bedeuten und zudem die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Eidgenossenschaft im Sinne einer noch stärkeren Einflußnahme des Staates und einer inflatorischen Ausgabenpolitik verändern. Diese Tendenzen sind übrigens schon heute, unter dem Zeichen der eingeleiteten „Einheitsbewegung“, deutlich zu erkennen. Die bisherigen Ergebnisse der Beratungen um die *W i r t s c h a f t s a r t i k e l* der Bundesverfassung lassen die Gefahr einer völligen Abkehr von bewährten Grundsätzen unseres staatlichen Lebens erkennen. Die letzten Reste der Handels- und Gewerbefreiheit sind auf dem Wege, zu verschwinden. Das bemühende Andrängen aller möglichen Gruppen und Zweige der Wirtschaft an die Krippe des Bundes, von denen jeder bestrebt ist, in die Kasuistik der Ausnahmebestimmungen aufgenommen und demnach des besonderen Schutzes des Staates teilhaftig zu werden, zeigt zur Genüge, wie sehr bereits die bisherige Wirtschaftspolitik des Bundes die Privatinitiative und den Mut zur persönlichen Verantwortung untergraben hat.

Nicht anders ist es auf dem Gebiete der *F i n a n z p o l i t i k*. Die Sozialdemokratie ist auf dem besten Wege, eines ihrer wichtigsten Ziele, nämlich die Einführung der permanenten direkten Bundessteuer, um das sie während Jahrzehnten vergeblich gekämpft hat, im Durcheinander der heutigen Einheitsbestrebungen kampflos durchzusetzen. Gelingt es ihr, neben der Krisensteuer auch noch die ordentliche Steuerquelle der Kapitalertragssteuer der Kompetenz des Bundes zuzuweisen, so wäre ihr zugleich ein bedeutungsvoller Einbruch in die Struktur unseres Staatsaufbaus kampflos gelungen.

Wer sich diese Dinge vor Augen hält, wird einer noch stärkeren Einflußnahme der Sozialdemokratie nicht das Wort reden können. Sie käme einer Bedrohung unseres staatlichen Bestandes gleich. Die überwiegende Mehrheit unserer *w e l s c h e n* *M i t b ü r g e r* würde durch die Einführung einer eidgenössischen Volksfrontpolitik und insbesondere durch die damit automatisch gewordene Verstärkung der zentralistischen Tendenzen in ihren politischen Glaubensgrundsätzen auf's schwerste getroffen und von der Mit-

arbeit im Bunde zurückgestoßen. Man möge sich hier keiner Täuschung hingeben. Wer sich die Mühe nimmt, gelegentlich in der „Nation“, dem Organ der immer stärker werdenden vaterländischen Gruppe des Waadtlandes, der Bewegung „Ordre et Tradition“, zu blättern, wird über die drohende Gegenbewegung nicht im Unklaren sein können.

Eine Politik der Volksfront könnte im Weiteren gefährliche Reaktionen auslösen, die am Ende geeignet wären, das schweizerische Problem auch von der außenpolitischen Seite her aufzurollen. Die unvermeidlichen Konsequenzen solcher Politik, wie wir sie in Frankreich erlebt haben, der Niedergang der Volkswohlfahrt, die Abkehr von unseren besten Traditionen in innen- und außenpolitischer Richtung, kurz die Aufgabe der im Herzen der Mehrheit unserer Bürger noch immer fest verankerten schweizerischen Eigenart, müßte viele unserer Besten an der Zukunft unserer demokratischen Traditionen verzweifeln lassen und sie faschistischen Gedanken zugeneigt machen. Das Ende unserer Demokratie und damit das Ende unserer Schweiz überhaupt wären die unvermeidlichen Folgen. Wir wissen wohl, daß gewisse Leute auf solche Möglichkeiten lauern. Hüten wir uns, ihnen unser gutes Bürgertum in die Arme zu treiben!

Es wäre an der Zeit, daß man sich in unseren bürgerlichen Reihen gelegentlich wieder auf sich selbst besinnen würde. Noch liegt eine unendliche, in der Tradition gefestigte Kraft in unseren bürgerlichen Schichten. Vergessen wir nicht, daß dieses tragende Element des Staates in unserem Lande noch intakt ist. Unser Bürgertum hat keinen verlorenen Krieg und keine Inflation erlebt, die es zerstört und verzweifelte Gedanken in die Arme getrieben haben. In dieser ernsten Stunde des Vaterlandes möge unser Bürger- und Bauerntum sich erheben und entschlossen die Zügel des Staates wieder ergreifen, die ihm unter dem Druck einer falschen Demagogie zu entgleiten drohen. Hier allein liegt die Lösung.

Die Erhaltung der Eigenart unseres schweizerischen Staatsaufbaus ist entscheidend für den Fortbestand unserer Staatlichkeit überhaupt. Sind wir erst einmal fremden Auffassungen gleichgeschaltet, so müßte damit das Besondere, das Einzigartige unserer Heimat verloren gehen und mit ihm die Liebe und Anhänglichkeit unserer tragenden Schichten an das in Jahrhunderten Gewordene ihres tiefen Grundes beraubt und zerstört werden.

An unserem Bürgertum ist es, diese unheilvolle Entwicklung zu verhindern.

Es möge seine Stunde erkennen!